

Wir legen den Schalter um – Deutschland und Bayern verändern

Das Superwahljahr 2013 bietet uns die Gelegenheit sowohl die Bundesregierung als auch die bayerische Landesregierung endlich abzulösen.

Dies kann nur mit einem guten sozialdemokratischen Konzept funktionieren, welches für den Wandel, der im September kommt, die richtigen Lösungen bietet. Deshalb lasst uns den Schalter vom Neoliberalismus zur Sozialdemokratie umlegen.

Für ein besseres Bayern. Für ein besseres Deutschland. Für eine bessere Welt.

Bundestagswahl

Die schwarz-gelbe Schreckensherrschaft oder wie Angela Merkel zu sagen pflegt: „die beste Regierung seit der Wiedervereinigung“ hat sich bisher nur in Klientelpolitik und Stimmungsmache geübt. In den vergangenen Jahren wurden keine neue Entwürfe für die Schwierigkeiten von heute und morgen entwickelt. Auf die Probleme der Zeit handelt die Bundesregierung nur mit halbherzigen, kurzfristigen und nicht durchdachten Lösungen.

Armut in Deutschland

War der Armutsbericht schon erschreckend genug, musste die Regierung kurz darauf zugeben, diesen gefälscht und geschönt zu haben. Die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland geht immer weiter auseinander. Die gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten gehen immer weiter auseinander. Damit wird das System de facto für die meisten Menschen undurchlässiger. Abstiegsängste der Mittelschicht, prekäre soziale Lagen und (Kinder-) Armut verschärfen sich. Der dauerhafte Ausschluss von der Teilhabe am Arbeitsprozess nimmt zu. Armutsstrukturen verfestigen sich und sozialer Aufstieg wird immer schwerer möglich. Der soziale Raum schließt sich für immer mehr Bevölkerungsschichten. Die Zunahme sozialer Widersprüche in der Gesellschaft ist nicht nur eine Verteilungsfrage. Am Horizont entsteht und verfestigt sich eine neue Klassengesellschaft. Der Armut und den Abstiegsängsten muss mit sozialen Konzepten entgegengetreten werden. Sinnvoll wären eine Erhöhung der Hartz 4 Regelsätze, der Einführung eines flächendeckenden Mindestlohn sowie freie Bildung für alle. Denn nur eine Gesellschaft in der sich jede/r partizipieren kann, ist eine Gesellschaft in der man sich verwirklichen kann.

Landtagswahl Bayern

Die nächste Landtagswahl birgt eine historische Chance. Wir können die jahrzehntelange schwarze Herrschaft in Bayern beenden und mit Christian Ude den ersten sozialdemokratischen Ministerpräsidenten in Bayern stellen.

Doch natürlich geht es nicht um einen neuen Machtanspruch, sondern darum mit der richtigen Politik Bayern zu gestalten. Die Stärken beibehalten, die Schwächen beseitigen.

- Wir wollen das wirtschaftlich starke Bayern weiter etablieren, zugleich aber auch Armut und Ausgrenzung bekämpfen.
- Wir wollen ein Bayern, in dem jede und jeder von seiner Arbeit Leben kann, in dem es gerechte und gute Arbeitsbedingungen gibt.
- Wir wollen ein Bayern, das hochklassige Bildung bietet, in dem der Zugang zu Bildung kostenlos ist und nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängt.
- Wir wollen ein Bayern, das seine Energie komplett aus erneuerbaren Energien gewinnt und in dem diese für jeden bezahlbar ist.
- Und wir wollen ein Bayern, in dem jede und jeder menschenwürdig leben kann – auch dann, wenn er/sie krank oder pflegebedürftig ist.

Asylpolitik

Ein Themengebiet, in dem sich Menschenverachtung und Fremdenfeindlichkeit offenbart ist die Asylpolitik. Am 06. Dezember 1992 einigten sich CDU/CSU, FDP und SPD darauf, das Asylgrundrecht zu ändern. Die Einschränkung des deutschen Asylrecht ging einher mit dem Versprechen, ein europäisches Asylsystem zu schaffen. Dieses wurde bis heute nicht eingelöst. Damit hatte eine Kampagne Erfolg, die politisch von CDU/CSU betrieben wurde und in deren aufgeheizter Stimmung unter anderem die Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen (1992), die Mordanschläge von Mölln und Solingen sowie viele weitere Übergriffe auf Ausländerinnen und Ausländer erfolgten.

Die Zustände in vielen AsylbewerberInnenunterkünften sind menschenunwürdig und Ausdruck einer verkehrten Asylpolitik. Das Abschreckungssystem gegen Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, so unattraktiv wie möglich zu gestalten. Hierunter fallen die Lagepflicht, das Sachleistungsprinzip, das Arbeitsverbot oder die Residenzpflicht. Die Bundesrepublik Deutschland ist bereits für ihre

fehlgeleitete Flüchtlingspolitik scharf von der „Sozialkommission der Vereinten Nationen“ gerügt worden.

Flüchtlinge erhalten unzureichende Sozialleistungen und eine mangelhafte medizinische sowie therapeutische Versorgung. Die strikte Lagerpflicht für Flüchtlinge ist jedoch eine bayerische Besonderheit. Nur wenige Bundesländer können bei dieser rigiden Ausgrenzung von Flüchtlingen mithalten. Viele Flüchtlinge sind über Jahre hinweg ohne jegliche Perspektive gezwungen, in Sammellagern unter erschreckenden Bedingungen zu leben. Diese Praxis, die Flüchtlinge unter unwürdigsten Bedingungen kasernieren, soll gemäß der Bayerischen Asyldurchführungsverordnung (DV Asyl) dazu beitragen „die Bereitschaft zur Rückkehr in das Heimatland fördern“ (Art. 7 Abs. 5 S. 3 a.E.). Diese Menschen sollen in Deutschland so schlecht behandelt werden, dass sie freiwillig und möglichst schnell wieder in ihre Heimatländer aufbrechen wollen. Doch gerade dies ist bei vielen unmöglich. Es handelt sich nicht um freiwillige „Deutschlandbesucher“, sondern um Menschen, die aus Furcht vor Tod oder Folter ihre Heimat verlassen mussten.

Dem Staat fällt auch bei Flüchtlingen eine Schutzpflicht zu, zumal er diesen selbst die Entscheidung darüber abnimmt, wie und wo diese leben wollen. Die Menschenrechte gelten ebenso für Flüchtlinge. Daher muss der Staat auch seine Verantwortung für den Schutz der Menschenwürde, von Ehe und Familie, Intimsphäre sowie körperlicher Unversehrtheit ernst nehmen. Dieser Pflicht muss auch der Freistaat Bayern in Form seiner Verordnungen und Gesetze nachkommen. Art. 7 Abs. 5 S. 3 a.E. Bay DV Asyl ist nicht mit diesen Schutzpflichten zu vereinbaren und muss daher ersatzlos gestrichen werden.

Ein Staat mit der Geschichte und der historischen Verantwortung Deutschlands kann nicht so unwürdig mit Menschen umgehen, die in ihren Heimatländern schlimmste Traumata erlitten haben und aus ihrer Heimat fliehen mussten. Der Bayerische Landtag wird daher aufgefordert Art. 7 Abs. 5 S. 3 a.E. Bay DV Asyl ersatzlos zu streichen. Vor allem aber geht die Aufforderung an CDU, CSU und die Innenminister Friedrich und Herrmann, ihre erneute Kampagne gegen AsylbewerberInnen einzustellen. Eine weitere Einschränkung des Asylrechtes und eine (verfassungswidrige) weitere Schlechterstellung von AsylbewerberInnen im Sozialrecht darf es nicht geben.

Dezentrale Energiewende

Energie ist die Grundvoraussetzung moderner Gesellschaften, deren Nachfrage in den kommenden Jahren weiter nach oben schnellen wird. Wir stehen bei der Stromgewinnung für einen umfassenden Wandel zu regenerativen Energien. Wenn die genannten Ziele bei der Bekämpfung des Klimawandels erreicht werden sollen, darf es aber weiterer großer Anstrengungen.

Um die Energieversorgung nicht nur ökologischer und nachhaltiger, sondern vor allem sozialverträglicher zu gestalten, fordern wir eine umfassende Reform.

Unsere konkreten Forderungen:

Kommune:

- Verbot einer weiteren Privatisierung von kommunaler und staatlicher Infrastruktur
- Re-Kommunalisierung der privatisierten Stadtwerke.
Hierbei müssen die finanziellen Möglichkeiten der Kommunen berücksichtigt werden. Gegebenenfalls muss der Staat den Gemeinden unterstützend zur Hand gehen. Diese Hilfe erfolgt nicht nur finanziell, sondern der Staat muss an dieser Stelle auch überhöhten Forderungen der privaten Mehrheitsanteilseigner Einhalt gebieten und sie zu vereinbarten Preisen verpflichten.
Die Re-Kommunalisierung der Stadtwerke ist nötig um langfristige Umstrukturierungsmaßnahmen durchführen zu können, ohne dass kurzfristige Profitinteressen, wie im privatwirtschaftlichen Bereich häufig der Fall, diese behindern.
- Die einzelnen Kommunen bilden einen eigenen Ausschuss zur Energiewende, der insbesondere folgende Punkte bearbeitet:
 - Ermittlung der Daten
 - (Energieverbrauch, Energieproduktion, örtliche Akteure feststellen sowie noch offene Potentiale)
 - Gründung einer Genossenschaft (und/oder eines Kommunalunternehmens) zu Energieproduktion
 - Energieeffizienz: Änderung der Bebauungspläne zu lassen, Firstausrichtung möglichst nach der Sonne festlegen, in Neubaugebieten von Anfang an gemeinsame Lösungen wie Blockheizkraftwerke anstreben.
 - Umstellung der kommunalen Fahrzeugflotte auf E-Fahrzeuge
 - Eine Energieberatung in Kooperation mit dem Landkreis einrichten

Staat:

- Verbot des Namens „Stadtwerke“ für privatisierte Stadtwerke
- Staatliche Förderung von Energie-Projekten für den Eigenverbrauch von Privathaushalten und in gewerblicher Produktion. Der Versuch von Firmen ihren eigenen Energiebedarf mit Hilfe von Selbstproduktion zu decken muss unterstützt werden, insbesondere, wenn der energetische Gesamtwirkungsgrad dadurch erhöht wird.
- Beenden bzw. eindringliche Prüfung der Förderung von erneuerbaren Energieprojekten, die wegen ihrer Größe nur wenigen Unternehmen zugänglich sind und/oder die aufgrund ihrer zentralen und häufig abgelegenen Produktionsstandorte zu unnötigen bzw. vermeidbaren Netzbelastungen führen. Hierbei sei ein besonderes Augenmerk auf Offshore-Windkraft, Solarstrom von außerhalb Deutschlands und Meeresstörnungskraftwerke gelegt.
- Subvention von Genossenschaften oder Initiativen
Allerdings sollte, um eine Ungleichheit zwischen Arm und Reich bei der Stromproduktion zu verhindern die Subvention an das Nettoeinkommen eines Haushalts angepasst werden. Sonst entsteht durch den Stromverkauf und Ankauf bei einer dezentralen Energieversorgung ein Klassenkampf in eben dieser.
- Verstaatlichung der Hoch- und Höchstspannungsnetze
Die Hauptsache der Stromnetze, d.h. die Hoch- und Höchstspannungsnetze müssen in staatlicher Hand sein, da ein langfristig und gesamtwirtschaftlich sinnvoller Netz(aus)bau nicht von kurzfristigen Renditen an private Organisationen behindert werden darf
- Verbot von künstlicher Stromverknappung und Spekulation an der EEX Strombörse, vollkommene Verstaatlichung dieser und Verwendung von BeamtInnen als Personal.
- Die regionalen und nationalen Ungleichgewichte zwischen Stromerzeugung und Stromverbrauch, die durch den Ausbau der erneuerbaren Energien noch größer werden, sollen nicht vorrangig durch einen Ausbau der Stromnetze, sondern durch Last-Management zur Flexibilisierung der Netze ausgeglichen werden. Hierfür sollen insbesondere industrielle Großverbraucher ihren Verbrauch an das Angebot anpassen. Ferner sollen die durch den Ausbau der Elektromobilität, welchen wir auch fordern, zur Verfügung stehenden Batterie-Kapazitäten als Speicher bzw. Puffer dienen. Ebenso können Haushalte, insbesondere diejenigen die selbst Stromproduzieren, mit Hilfe eines „intelligenten Stromzählers“ (Smart-Meter) zur weiteren Glättung der Stromlastkurven miteinbezogen werden
- Nicht zuletzt aus Datenschutzgründen müssen hierbei sämtliche in diesem „intelligenten Stromnetz“ (Smart-Grid) erhobenen Daten innerhalb von 24 Stunden nach Erhebung gelöscht werden.
- Gleichverteilung der Netzdurchleitungsgebühren, aller Stromabgaben und Steuern und insbesondere der EEG-Umlage auf jede verkaufte Energieeinheit. Gleiches Preisniveau für jede verkaufte kWh Energie und Abschaffung jeglicher Grundgebühren.
- Verbindung der Förderung von guter Arbeit und der Erhöhung der Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft. Anstatt der aktuellen, generellen Befreiung von der EEG- Umlage und den Netzentgelten, müssen alle diese Gebühren, wie im vorherigen Punkt gefordert, bezahlen. Dieses zusätzliche Steueraufkommen soll dann branchenspezifisch in Abhängigkeit der Bezahlung der ArbeitnehmerInnen zurück an die jeweiligen Firmen gezahlt werden. Diese Fördermittel betragen allerdings maximal 100% der so gewonnenen Einnahmen und werden abhängig von der internationalen Wettbewerbsfähigkeit gekürzt. Es sind bei dieser Rückzahlung allerdings keine Schnittwerte an zu wenden, sondern eine ausführliche Auflistung aller Gehälter, die die Firma auszahlt, da hier durch das Auszahlen von viel Geld an einen kleinen Teil der Angestellten den Schnitt heben könnte, aber die meisten Angestellten davon nicht profitieren würden. Ferner werden für die Kalkulation nur Angestellte, die nach Tarifvertrag, sozialversicherungspflichtig und ohne befristeten Vertrag eingestellt werden in diese Auflistung mit einbezogen. Zeit- und Leiharbeiter und sogenannte Werksverträge sind zur Deckung von Auftragsspitzen gedacht und werden deshalb nicht in die Rechnung mit einbezogen.

Bildung:

- Wissenschaft und Forschung im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz muss nachhaltig gefördert werden.
- MultiplikatorInnen Schulungen zum Thema Energieeinsparung durchführen (z.B. auf VermieterInnen-/MieterInnen-Versammlungen, Gewerbeversammlungen etc.) Wichtig ist, dass diese Schulungen durch unabhängige ExpertInnen durchgeführt werden
- Die Bezeichnung „Energie-Berater“ muss geschützt und eine entsprechende Ausbildung eingeführt werden.

Europa:

- Verknüpfung der Energienetze um Unregelmäßigkeiten, die durch erneuerbare Energien entstehen auszugleichen. Hier steht der Gedanke des „Europa der Regionen“ im Vordergrund. Benachbarte Regionen sollen auch über Ländergrenzen hinweg mit Strom handeln. Natürlich muss dafür sicher gestellt werden, dass kein Strom aus Fossilen Energieträgern oder Kernkraft gehandelt wird, sondern ausschließlich regenerativer.

Bildung:

Die bayerische Staatsregierung fördert seit Jahrzehnte ein zwei Klassen Bildungssystem. Während das Gymnasium in vergangenen Jahren immer weiter „gefördert“ wurde, mit immer absurderen Ideen für ein besseres, kindgerechtes Lernen, wurde die sich auf einem absteigenden Ast befindliche Hauptschule nur namentlich „erneuert“. Das Kultusministerium in Person des Kultusministers waren der Auffassung mit einem neuen Namen für die Hauptschule – die Mittelschule – lässt sich das ohne hin schon schlechte Image aufpolieren. Doch Tatsache ist, dass Kinder aus bildungsferneren Schichten viel häufiger die Mittelschule besuchen, als Kinder aus bildungsnahen Familien. Zwar profiliert sich die Regierung damit, dass jedes Kind die gleichen Chancen habe, doch wie sieht es in Wirklichkeit aus? Bayern hat die höchste Schulabbrecherrate in Deutschland. Bayerische Kinder, die einmal eine Haupt- oder Realschule besuchten, haben kaum die Möglichkeit auf ein Gymnasium oder auf eine weiterführende Schule zu wechseln, da an sie höhere Anforderungen gesetzt werden, als an GymnasastInnen. Bayerische Schülerinnen und Schüler leiden häufiger am Burn-Out-Syndrom als in anderen Bundesländern. Daher muss die wichtigste Prämisse der zukünftigen sozialdemokratisch geführten Landesregierung sein, diese Missstände abzuschaffen.

1. Unser Lehr- und Lernverständnis

Wir wollen, dass Lernende – ob in einer frühkindlichen Bildungseinrichtung, einer Schule oder Hochschule, einer Berufsausbildung oder einer Weiterbildung – das Lernen so weit wie möglich selbst gestalten können. Dazu gehört die selbstbestimmte Gestaltung von Lerninhalten, Lernformen und Lerngeschwindigkeit. Die Rolle der Lehrenden ist in diesem Verständnis, Hilfestellungen und Anleitung bei diesem selbstbestimmten Lernen zu geben. Emanzipatorisches Lernen und Lehren kann sich nur im Dialog entwickeln. Das bisher in der Bildung (und vor allem in den Schulen) vorherrschende Gegeneinander von Lehrenden und Lernenden (das auch durch die starke Machtstellung der Lehrenden gegenüber den Lernenden aufgebaut wird), muss in ein Miteinander aufgelöst werden.

Um dieses Miteinander zu erreichen, müssen neue pädagogische Konzepte in den „Unterricht“ bzw. die Lehrveranstaltungen integriert werden. Dazu gehört am Beispiel der Schule, Frontalunterricht durch individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern durch die Lehrkräfte zu ersetzen sowie Projektunterricht, Stammgruppenprinzip, freie Zeiteinteilung, Freiarbeit und vieles mehr in den Unterricht zu integrieren. So entsteht eine Atmosphäre, in der SchülerInnen mit Spaß lernen. Schülerinnen und Schüler sollen sich künftig gegenseitig helfen, sich Lerninhalte selbst erarbeiten und – unter Anleitung und Aufsicht der Lehrerinnen und Lehrer – ihren Mitschülerinnen und Mitschülern beibringen. Für die anderen Bereiche des Bildungssystems sind vergleichbare Konzepte zu integrieren und zu entwickeln.

2. Frühkindliche Bildung

Ein Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen wird bisher vor allem im Hinblick auf bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf geführt. Für uns geht es um den Ausbau von Bildungseinrichtungen schon für Kleinkinder, damit sie diese verpflichtend wahrnehmen.

Frühkindliche Bildung bedeutet für uns keine Verschulung des Kindergartens. Wir wollen hier pädagogische Konzepte umsetzen. Alle Angebote, also Kinderkrippe, Kindergärten, etc. müssen kostenlos sein (Finanzierung durch den Freistaat Bayern).

Es muss endlich auch in Bayern ein flächendeckendes Angebot geben – pädagogische Konzepte müssen verbessert, Gruppengrößen reduziert und Öffnungszeiten an den Bedarf der Eltern orientiert werden.

Bildungsangebote für Kleinkinder sind selbstverständlich inklusiv.

Eine gezielte Sprachförderung für alle Kinder sehen wir als Teil von Bildung und gesellschaftlicher Integration.

Die Ausbildung als Erzieher/in muss auch endlich in Deutschland an Hochschulen erfolgen, damit dieser Beruf aufgewertet wird. Dem folgt eine bessere Bezahlung. Die Gehälter im Kinderpflege- und Erziehungsbereich bedürfen einer Erhöhung. TrägerInnen von Kindereinrichtungen brauchen Geld. Die finanzielle Situation von Kommunen, Sozialverbänden und auch Kirchen ist seit langem sehr angespannt. Für den Bereich der frühkindlichen Bildung hat das BayKiBiG die Lage sogar noch verschärft. Deshalb fordern wir, wie für den gesamten Bildungsbereich, eine deutlich angehobene

finanzielle Ausstattung, damit der Rechtsanspruch auf einen frühkindlichen Bildungsplatz auch umgesetzt werden kann.

3. Eine Schule für Alle

Ganz individuell muss es für jedes Kind eine Brücke von der frühkindlichen Bildung in die Schule geben. Es darf gerade beim Zeitpunkt dieses Übergangs keinen pädagogischen Zwang geben.

Wir fordern:

- die Einführung einer rhythmisierten Ganztagschule (u.a. mit Einbeziehung von örtlichen Vereinen und Verbänden in das Schulleben).
- Ausbau von Schulsozialarbeit (Stellen für SozialpädagogInnen und SchulpsychologInnen)
- Demokratisierung des Schullebens: Mitentscheidung der Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, SchulsozialarbeiterInnen im Lebensraum Schule – Aufstellung einer Schulverfassung an jeder Schule im Schuljahr, demokratische Verantwortung vor allem für Schülerinnen und Schüler
- Einführung einer Schule für alle – eine inklusive Schule von der ersten bis zur 10. Klasse, die jede/m einen Abschluss garantiert · wir wollen ein selbstgesteuertes Lernen der Kinder, welches Binnendifferenzierung, individuellen Stärken und Schwächen fördert bzw. verbessert, keine Klassen, sondern Jahrgangsstufen
- Abschaffung von Noten: wir wollen gemeinsam erarbeitete Lernentwicklungspläne, damit die individuelle Lernentwicklung im Fokus steht
- An Schulen müssen Medienkompetenz und politische Bildung gestärkt werden
- gezielte Sprachförderung für alle Kinder. Wir verstehen Sprachförderung als Teil von Bildung und der gesellschaftlichen Integration
- Gute Arbeit auch an der Schule: dazu gehören für uns unter anderem gleiche und angemessene Bezahlung, Reduzierung der Stundenzahl, einen Arbeitsplatz in der Schule und Supervision

4. Jugendverbandsarbeit

Jugendverbandsarbeit ist ein wichtiger Bestandteil der Bildungsarbeit für Kinder und Jugendliche. Sie darf in der Diskussion um die Neugestaltung der Bildungssysteme nicht in Vergessenheit geraten.

- Jugendverbände machen als Selbstvertretungsinstanz die Lebenslagen, Interessen und Recht von Kindern und Jugendlichen sichtbar und bringen diese kontinuierlich in politische Diskussions- und Entscheidungsprozesse ein.
- Kinder und Jugendliche beteiligen sich aktiv an Bildungs- und Entscheidungsprozessen. Außerdem werden Bildungsinhalte auf demokratische Art und Weise vermittelt.
- Kinder und Jugendliche entwickeln dadurch nicht nur die Fähigkeit, die eigenen Wünsche und Bedürfnisse zu erkennen und zu vertreten, sondern auch die Sozialkompetenz, dies für andere zu tun. Das durch diese Prozesse gefestigte Selbstbewusstsein bildet die Grundlage für die Bereitschaft sich weiter zu bilden und mit anderen Menschen in einen Dialog zu treten, sowie für das Denken und Handeln im Sinne einer gesellschaftlichen Verantwortung.
- Genauso wenig, wie die Jugendverbände den Bildungsauftrag anderer Institutionen z.B. der Schule erfüllen oder gar ersetzen können, kann und soll die Schule die Aufgaben der außerschulischen Bildung übernehmen.

5. Gute Ausbildung und berufliche Bildung

- Frei nach dem Motto: „Wer nicht ausbildet wird umgelegt“ fordern wir eine Ausbildungsplatzumlage. Jede und jeder hat ein Recht auf Ausbildung vor Ort. Das Abschieben auf ein Abstellgleis, das häufig nur den Anschein von Qualifizierung erweckt lehnen wir ab.
- Duale Ausbildung stärken und Modularisierung ablehnen. Wir kämpfen weiterhin für die duale Ausbildung, Bestrebungen die Ausbildung an die Bedürfnisse von einzelnen Unternehmen oder Branchen anzupassen lehnen wir ab. Wir setzen uns für die berufliche Ausbildung, die Theorie und Praxis vereint, ein und lehnen den Ausbau der schulischen Ausbildung ab
- Stärkung der JAV: Ausbildung ist Bildung! Damit sind Azubis keine billigen Arbeitskräfte. Nur durch eine starke Jugendausbildungsververtretung kann gute Ausbildung gewährleistet werden
- Reform des Berufsbildungsgesetzes: Geltungsbereich ausdehnen, neue Grundsätze, Anschlussfähigkeit, Durchlässigkeit und Vergleichbarkeit, Aufwertung der Berufsschule als gleichwertiger Lernort, Reform des Prüfungswesens, Demokratisierung der

Entscheidungsstrukturen, sowie ein Finanzierungskonzept (über Ausbildungsplatzumlage) regionale Berufsbildungszentren aufzubauen

- Qualifizierung von Berufsschullehrkräften reformieren
- Die berufliche Erstausbildung muss dazu befähigen, im gesamten Lebenslauf weiter zu lernen. Wir fordern, die Berufsbildung unabhängig von demografischen und konjunkturellen Entwicklungen zu machen
- Qualifizierte Ausbildung für alle arbeitslosen Jugendlichen gezielt fördern und aus einer Hand beraten. Qualität der beruflichen Bildung weiterentwickeln und gute Arbeitsbedingungen schaffen

6. Gute Hochschule

- Hochschulen müssen deutlich besser staatlich finanziert werden. Wir wollen 10 Prozent des BIP für bessere Bildung und Forschung. Bildung und damit auch Hochschulen dürfen nicht von Unternehmen oder Verbänden finanziell abhängig sein – eine Ökonomisierung der Bildung lehnen wir ab (das bedeutet auch Schluss mit „wertvollen“ und „unwichtigen“ Studiengängen – verstärkte Förderung von Geistes- und Sozialwissenschaften an Hochschulen)
- Abschaffung von Studiengebühren: statt für Bildung zahlen zu müssen fordern wir genau einen anderen Weg. Wir kämpfen für ein elternunabhängiges, bedarfgerechtes BAFöG mit einer Ausweitung des BezieherInnenkreises
- Hochschulen sind offen: wir wollen, dass alle Menschen Hochschulen ohne Bedingungen, wie z.B. Reifezeugnisse, besuchen können
- Jede Art von Zugangsvoraussetzungen und Zugangsbeschränkungen lehnen wir ab
- Wir brauchen deutlich mehr wissenschaftliches Personal, das jeweils sowohl in der Lehre als auch in der Forschung leistet. Die Trennung von Lehre und Forschung lehnen wir ab. Eine didaktische Ausbildung des Personals ist dringend erforderlich
- Studienplätze für alle! Deshalb fordern wir einen deutlichen Ausbau. Wir wollen, dass Studierende ihre Hochschule frei wählen und auch endlich wieder problemlos wechseln können
- Bolognas Umsetzung ändern: der heiße Herbst hat deutlich die Missstände an deutschen und bayerischen Hochschulen gezeigt. Wir fordern deutliche Veränderung bei Bachelor und Master. Studierende müssen wieder frei ihre Schwerpunkte wählen können (Abschaffung des verschulerten Studiums), es darf keine Zugangsbeschränkungen zum Master geben, das Studium muss internationaler werden (statt Vergleichbarkeit zu beschränken und Auslandsaufenthalte zu erschweren) und das Studium muss auch in Teilzeit möglich sein
- Demokratisierung von Hochschulen: wir fordern die Abschaffung des Hochschulrates, stattdessen müssen die Mitglieder der Gruppenhochschule unter gesellschaftlicher Kontrolle bestimmen können.
- Wir fordern die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft mit allgemeinpolemischen Mandat
- Studierendenwerke müssen gestärkt werden
- Gleichstellung muss es endlich auch an Hochschulen geben, deshalb fordern wir eine Stärkung der Frauenbeauftragten/Frauenbüros und Gleichstellungsbeauftragten / Gleichstellungsbüros. Hier sind Gleichstellungsmaßnahmen ähnlich unserer Forderung nach einem Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft notwendig, um unser Ziel zu erreichen
- Gute Arbeit an Hochschulen: Stopp der Zeit- und Leiharbeit an Hochschulen (in den letzten Jahren wurde viele Bereiche wie Haustechnik oder Reinigung an Leiharbeitsfirmen outgesourct. Wir wollen hier Gute Arbeit für alle Beschäftigte. Auch stud. Hilfskräfte und Lehrbeauftragte müssen in den TVL/TVöD aufgenommen werden. Auch im Bereich des Mittelbaus muss es mehr Stellen, eine bessere Bezahlung und eine Verkürzung der Arbeitszeit vor allem in Hinblick auf Dissertation und Habilitation geben.

7. Weiterbildung

- Wir wollen eine Integration in den Deutschen und Europäischen
- Qualifikationsrahmen, der von uns kritisch begleitet wird und unseren Ansprüchen an bessere Bildung genügen muss
- Bildungsurlaub: jedeR ArbeitnehmerIn hat alle Anspruch auf eine Woche Bildungsurlaub pro Jahr. Für Auszubildende wollen wir zwei Wochen Bildungsurlaub pro Jahr

- Lernen ist ganz unterschiedlich: daher setzen wir uns für verschiedene Lernformen, Lernorte und Lernbedürfnisse ein. Dazu braucht es dringend ein umfassendes Beratungsangebot für lebenslanges Lernen (Bildungsberatung)
- ErwachsenenBAFöG: der Zugang zu Bildung muss ein Leben lang möglich sein, wir wissen, dass dieser immer auch eine individuelle ökonomische Komponente hat, daher muss das BAFöG erweitert werden
- Es ist auch hier staatliche Aufgabe ausreichend Weiterbildungsangebote zu finanzieren, damit sich jede und jeder diese auch leisten kann
- Insgesamt begrüßen wir die Idee, in verschiedenen Phasen der Bildungsbiographie Lernen an Hochschulen zu integrieren. Ein Beispiel ist das SeniorInnenstudium
- Gute Arbeit für Weiterbildung: wir fordern für alle Beschäftigten Tarifverträge und sozialversicherungspflichtige Festanstellung. Dies bedeutet damit auch, dass die TrägerInnen gerade finanzielle Planungssicherheit benötigen
- Stärkung der politischen Bildung

8. Organisation von Bildung

- Gleichwertigkeit von beruflicher und schulischer Bildung. Alle in einer Bildungsbiographie erworbenen Kompetenzen müssen anerkannt werden, neben dem formalen Lernen muss auch das nonformale und informelle Lernen gewürdigt werden.
- Wir fordern im gesamten Bereich der Bildung bundesweite Rahmenregelungen, die dezentral ausgestaltet werden können.

Die Reformierung der zweigleisigen betrieblichen Ausbildung

In Deutschland findet eine solche betriebliche, nicht akademische Ausbildung, zweigleisig statt. Neben der betrieblichen Ausbildung muss der / die Auszubildende auch eine Ausbildung in einer Berufsschule bzw. Berufsakademie absolvieren. Leider ist hier in letzterer oftmals nur eine sehr durchwachsene Verzahnung zwischen Lehranstalt und Ausbildungsbetrieb gegeben und Auszubildende werden zu sehr auf die Abschlussprüfung der jeweiligen Handels- oder Handwerkskammer fixiert und die berufliche Praxis bleibt auf der Strecke.

In diesem Zusammenhang ist es nicht unser Ziel die Einrichtung der „Berufsschule“ an sich abzuschaffen. Eine duale, zweigleisige Ausbildung in Form von Ausbildung im Betrieb und Ausbildung in einer Bildungseinrichtung muss erhalten bleiben für eine engere Verzahnung zwischen dieser Bildungseinrichtung und dem Ausbildungsbetrieb aus. Durch ein Mehr an Mitarbeit und Teilhabe der ausbildenden Betriebe bei der theoretischen Ausbildung durch beispielsweise Workshops, Seminare oder überbetrieblichen Austausch bei der praktischen Berufsausbildung können den Auszubildenden auch Fähigkeiten im Bezug auf ihre Ausbildung näher gebracht werden, auf die der ausbildende Betrieb intern eventuell weniger Wert legt. Ferner wird dadurch auch dem oft bemängelten fehlenden Praxisbezug bei der theoretischen Berufsausbildung, der durch die reine Fixierung auf den Ausbildungsplan der jeweiligen Handels- oder Handwerkskammer hervorgerufen wird, mit Hilfe dieser Mittel entgegengetreten und die theoretische Berufsausbildung attraktiver gestaltet.

Diese angesprochene Mitarbeit bzw. Teilhabe der ausbildenden Betriebe soll aber nur als Ergänzung oder Bereicherung der theoretischen Ausbildung angesehen werden. Eine gänzliche „Privatisierung“ der theoretischen Berufsausbildung durch deren völlige Übernahme durch die ausbildenden Betriebe lehnen wir hingegen ab.

Wie schon in den Jahren zuvor fordern wir:

Allerdings ersetzt eine noch so gute zweigleisige Ausbildung nicht eine fundierte, qualitativ hochwertige Ausbildung. Diese ist jedoch sehr kostenintensiv. Jene Unternehmen die aufgrund der hohen Kosten nicht zur Ausbildung der nächsten Generation beitragen, müssen dies finanziell durch eine Ausbildungsplatzabgabe zu spüren bekommen. Wir halten daher immer noch die Forderung der letzten Jahre nach einer solidarischen Ausbildungsplatzumlage aufrecht, mit denen auch kleineren, finanzschwachen Unternehmen oder Personen die Möglichkeit gegeben wird, sein Wissen an die nächste Generation weiterzugeben.

Auch wenn Arbeit wie eingangs erwähnt einen wichtigen Punkt darstellt, widersprechen wir der lapidar – konservativen These „Sozial ist was Arbeit schafft“. Wir wollen Arbeit nicht um jeden, sondern für einen gerechten Preis! Wir fordern weiterhin neben einem generellen branchenübergreifenden Mindestlohn für ArbeitnehmerInnen auch eine Lohnuntergrenze für Menschen in Ausbildung, denn auch diese haben das Recht für ihre Arbeit fair entlohnt zu werden.